Amtliche Bekanntmachung Nr. 50/2020

Satzung

über die Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Durchführung der Brandverhütungsschau und sonstige Leistungen der Brandschutzdienststelle in der Stadt Herzogenrath vom 15.12.2020

Der Rat der Stadt Herzogenrath hat aufgrund der §§ 7, 8, 41 und 77 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW 1994, S.666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV NRW S. 916), in Kraft getreten am 01.10.2020, in der z.Zt. gültigen Fassung, der §§ 1,2,4,5 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein Westfalen vom 21.10.1969 (GV NRW.S. 712) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. S. 1029m), in Kraft getreten am 01.01 2020 in der z.Zt. gültigen Fassung und der §§ 26 und 52 Absatz 5 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz für das Land Nordrhein Westfalen vom 17.12.2015 (GV.NRW 2015, S.886) zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17.05.2018 (GV.NRW 2015, S.244), in Kraft getreten am 25.05.2018 in der z.Zt. gültigen Fassung, in seiner Sitzung am 15.12.2020 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Zweck der Brandverhütungsschau

- (1) Die Brandverhütungsschau dient dem Zweck präventiv zu prüfen, ob Gebäude und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder bedeutende Sachwerte gefährdet werden können, den Erfordernissen des abwehrenden Brandschutzes entsprechen.
- (2) Die Brandverhütungsschau dient der Feststellung brandschutztechnischer Mängel und Gefahrenquellen, sowie der Veranlassung von Maßnahmen, die der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorbeugen und bei einem Brand oder Unglücksfall die Rettung von Menschen und Tieren, den Schutz von Sachwerten, sowie wirksame Löscharbeiten ermöglichen.

§ 2

Zeitliche Folge der Brandverhütungsschau

- (1) Die Brandverhütungsschau ist beginnend mit der Nutzung oder Inbetriebnahme eines Gebäudes eines Betriebes oder einer Einrichtung je nach Gefährdungsgrad in Zeitabständen von längstens sechs Jahren durchzuführen.
- (2) In allen Objekten, für die nach der Sonderbauverordnung, aufgrund von baurechtlichen Anordnungen oder Genehmigungen wiederkehrende Prüfungen in kürzeren Abständen durch die untere Bauaufsichtsbehörden vorgeschrieben sind, wird die zeitliche Folge der Brandverhütungsschau diesen Bestimmungen angepasst.
- (3) Fehlen Vorschriften zu den Zeitabständen der Brandverhütungsschau, werden diese von der Stadt Herzogenrath unter Berücksichtigung des Gefährdungsgrades von Objekten nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

§ 3

Gebührenpflichtige Amtshandlungen

- (1) Gebührenpflichtig sind die Leistungen:
 - a) zur Durchführung der Brandverhütungsschau im Sinne von § 1 einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die für die Brandschau zuständige Dienststelle an Prüfungen der Bauaufsichtsbehörde beteiligt ist und dabei zugleich eine Brandverhütungsschau vornimmt.
 - b) infolge erforderlicher Nachbesichtigung (Nachschau), einschließlich deren Vor- und Nachbereitung.
 - c) im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes außerhalb des Baugenehmigungsverfahrens, die mündlich oder schriftlich beantragt wurden und mit der Anfertigung einer gutachterlichen Stellungnahme, eines Brandschutzgutachtens oder eines Brandschutzkonzeptes zu einem definierten Objekt verbunden sind.
 - d) Sonstige in Anlage 1 genannten Leistungen der Brandschutzdienststelle.
- (2) Unberührt bleibt das Recht anderer Behörden und Ämter, insbesondere des Bauordnungsamtes, zur Erhebung von Gebühren aufgrund besonderer Vorschriften, wenn sie in eigener Zuständigkeit an der Durchführung der Brandverhütungsschau teilgenommen haben oder nach Durchführung der Brandverhütungsschau tätig geworden sind.

§ 4

Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühren werden nach der Dauer der Amtshandlung und der eingesetzten Dienstkräfte bemessen. Zur Gebühr gehören auch die Entgelte für in Anspruch genommen Fremdleistungen. Bei der Bemessung der Gebühren werden zudem Umfang und Schwierigkeitsgrad der Amtshandlungen im Einzelfall berücksichtigt.
- (2) Die Bemessung der Gebühren erfolgt im Einzelnen nach den in der Anlage 1 aufgeführten Bestimmungen und Sätzen und unter Berücksichtigung der in Anlage 2 aufgeführten Objektgruppen. Die Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung.
- (3) Abgerechnet wird grundsätzlich im Viertelstundentakt. Als Mindestsatz gilt der Satz für eine Viertelstunde. Darüber hinaus wird jede angefangene Viertelstunde als volle Viertelstunde berechnet.

§ 5

Auslagenersatz

Besondere Auslagen, die im Zusammenhang mit der Amtshandlung entstehen, sind zu ersetzen auch wenn eine Befreiung von der Gebühr für die Amtshandlung besteht.

§ 6

Gebührensschuldner

- (1) Gebührenschuldner ist der Eigentümer, Besitzer oder sonstige Nutzungsberechtigte des der Brandverhütungsschau unterworfenen Objektes, sowie derjenige, der eine Leistung der Brandschutzdienststelle gem. § 3 Absatz 1 Buchstabe a- d) beantragt. Mehrere Personen im Sinne des Satzes 1 haften als Gesamtschuldner.
- (2) Gebührenfreiheit besteht unter den Voraussetzungen des § 5 Absatz 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7

Entstehung, Festsetzung, Fälligkeit, Stundung, Erlass der Gebühr

- (1) Die Gebühr entsteht mit Abschluss der Amtshandlung. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie ist mit Zugang des Bescheides fällig und innerhalb eines Monats zu entrichten.
- (2) Die Entrichtung der Gebühr kann ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Entrichtung innerhalb des angegebenen Zahlungszeitraumes eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.
- (3) Von der Erhebung der Gebühr kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte darstellen würde.

§ 8

Rechtsbehelfe

- (1) Gegen die Heranziehung zur Zahlung der Gebühr stehen dem Gebührenschuldner die Rechtsbehelfe der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der aktuellsten Version i.V.m. dem § 110 Justizgesetz NRW vom 26.01.2010 (GV. NRW S.30) in der jeweils geltenden Fassung zu.
- (2) Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs wird die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr nicht aufgehoben.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 25.02.2010 nebst Anlagen außer Kraft.

Anlage 1

Gebühren- und Entgeltsätze

Für die Bemessung der Gebühren nach Satzung über die Durchführung der Brandverhütungsschau und sonstigen Leistungen der Brandschutzdienststelle in der Stadt Herzogenrath nach § 4 dieser Satzung, gelten nachstehende Sätze für die jeweils aufgeführten Tätigkeiten:

1. Beratungen und Stellungnahmen

- a) die auf gesetzlichen Vorgaben und, oder mündlichen oder schriftlichen Antrag vorgenommene brandschutztechnische Überprüfung eines Objektes (Objektbesichtigung),
- b) die auf mündlichen oder schriftlichen Antrag erteilte gutachterliche Stellungnahme, sofern nicht die Bauaufsichtsbehörde selber im Rahmen der Vorschriften der Bauordnung NRW um die Erstellung einer solchen ersucht,
- c) die auf mündlichen oder schriftlichen Antrag erteilte Auskunft zur Löschwasserversorgung außerhalb eines Baugenehmigungsverfahrens,
- d) die auf mündlichen oder schriftlichen Antrag erfolgte Beratung,
- e) die erforderlichen An- und Abfahrten.

2. Prüfung Objektpläne, objektbezogene Konzepte

- a) Die Brandschutzdienststelle prüft auf mündlichen oder schriftlichen Antrag
 - aa) Feuerwehrpläne,
 - ab) Brandschutzordnungen,
 - ac) Laufkarten in Verbindung mit einer Gefahrenmeldeanlage,
 - ad) Flucht und Rettungswegpläne,
 - ae) Räumungs- und Evakuierungskonzepte,
 - af) sonstige Pläne und Konzepte.
- b) die Prüfung von o.g. Plänen inklusive der An- und Abfahrten sowie der Zeit für die vergleichende Prüfung im Objekt,
- c) die wiederholten Prüfungen von o.g. Plänen aufgrund von notwendigen Korrekturen wegen Mängeln,
- d) die Beratungen,
- e) die Prüfungen aufgrund von notwendigen Änderungen von o.g. Plänen,
- f) Materialkosten,
- g) die erforderlichen An- und Abfahrten.

3. Brandmeldeanlagen/Gefahrenmeldeanlagen/ Objektfunkanlagen

- a) die Beratungen bei der Planung, Errichtung und Änderung von Brandmeldeanlagen/Gefahrenmeldeanlagen/ Objektfunkanlagen unter Berücksichtigung der jeweiligen Anschlussbedingungen bzw. Richtlinien der Stadt Herzogenrath,
- b) die Abnahme der Brandmeldeanlage/Gefahrenmeldeanlagen/ Objektfunkanlagen,
- c) Wiederholungsabnahmen die aufgrund von Mängeln bei der Abnahme oder wegen Änderungen an einer bestehenden Anlage erforderlich sind,
- d) Tätigkeiten im Rahmen von Wartungen und Reparaturen der Brandmeldeanlage/Gefahrenmeldeanlagen/ Objektfunkanlagen,
- e) Öffnung von Erstinformationsstellen bzw. Bedieneinheiten bei Brandmeldeanlage/Gefahrenmeldeanlagen/ Objektfunkanlagen,
- f) die erforderlichen An- und Abfahrten.

4. Schlüsseldepots

- a) die Inbetriebnahme von Schlüsseldepots (Sicherheitsstufe 1-3), übergeordnete Schließsysteme
- b) die Öffnung von Schlüsseldepots, übergeordnete Schließsystem, auf Antrag des Betreibers oder einer Wartungsfirma,
- c) die erforderlichen An- und Abfahrten

5. Brand- und Selbstschutzausbildung

- a) die Ausbildung im Betrieb,
- b) die Ausbildungsseminare,
- c) die erforderlichen An- und Abfahrten,
- d) die Materialkosten.

6. Fahrprobe

- a) Die Prüfung baurechtlich notwendiger Feuerwehrumfahrten- Zufahrten und Bewegungsflächen mit einem örtlich verwendeten Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug.
- b) Die Prüfung baurechtlich notwendiger Feuerwehraufstellflächen für Leitern der Feuerwehr zur Sicherstellung der Erreichbarkeit anleiterbarer Stellen mit örtlich verwendeten Geräten.
- c) Die Prüfung sonstiger Flächen zur Gefahrenabwehr im Rahmen der Aufgabenzuweisung durch den § 1 BHKG NRW.
- d) Die erforderlichen An- und Abfahrten.

Anlage 2

Liste der brandverhütungsschulpflichtigen Objektgruppen. Die Fristen bestimmen sich u.a. nach den Vorschriften des BHKG NRW, der PrüfVO NRW und den Empfehlungen der ABGF Bund.

Ziffer	Objektart	Frist in Jahren
1	Pflege- und Betreuungsobjekte	
1.1	Krankenhäuser	3
1.2	Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen	
1.2.1	Altenwohnheime und Einrichtungen mit Pflege- und Betreuungsleistungen, nach RL über deren bauaufsichtliche Anforderung an den Bau und Betrieb	3
1.2.2	Einrichtungen für hilfsbedürftige minderjährige Personen (ab 9 Personen)	3
1.2.3	Einrichtungen für körperlich oder geistig behinderte Personen (ab 9 Personen)	3
1.2.4	Tageseinrichtungen für hilfsbedürftige minderjährige oder behinderte Personen (ab 20 Personen)	3
1.3	Kindergärten, -tagesstätten, -horte	3
1.4	Kindertagespflegeverbände mit mehr als 9 Kindern	3
2	Übernachtungsbetriebe	
2.1	Beherbergungsstätten mit mehr als 12 Gastbetten nach SBauVO	3
2.2	Obdachlosenunterkünfte	3
2.3	Notunterkünfte (für Asylbewerber u.a.)	3
2.4	Campingplätze nach CWVO	6
2.5	Wohnheime mit mehr als 12 Betten außerhalb der SBauVO	3
3	Versammlungsobjekte - Versammlungsstätten nach SBauVO	
3.1.1 - 3.1.2	(unbesetzt)	
3.1.3	Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen, die einzeln mehr als 200 Besucherinnen und Besucher fassen, sowie Versammlungsstätten mit mehreren Versammlungsräumen, die insgesamt mehr als 200 Besucherinnen und Besucher fassen, wenn diese gemeinsame Rettungswege haben	3
3.1.4	Sportstadien, die mehr als 5000 Besucher fassen	3
3.1.5	Versammlungsstätten im Freien mit Szeneflächen, deren Besucherbereich mehr als 1000 Besucherinnen und Besucher fasst	3
3.2	(unbesetzt)	
3.3	Gasträume und Räume mit Bühnen / Szeneflächen / Filmvorführungen, nicht ebenerdig, ab 50 Besucherinnen und Besucher	3
4	Unterrichtsobjekte	
4.1	Schulen nach SchulBauRL	3
4.2	Ausbildungsstätten mit Unterrichtstrakten oder Unterrichtsräumen ab 100 Personen (nicht ebenerdig: ab 50 Personen)	3
5	Hochhausobjekte	
5.1	Hochhäuser nach SBauVO	6
6	Verkaufsobjekte	
6.1	Verkaufsstätten nach SBauVO	3
6.2	(unbesetzt)	
6.3	Verkaufsstätten > 700 qm Verkaufsfläche	6
7	Verwaltungsobjekte	
7.1	Büro- und Verwaltungsgebäude mittlerer Höhe > 3000 qm Geschossfläche	6
8	Ausstellungsobjekte	
8.1	Museen	6
8.2	Messe- und Ausstellungsbauten	6

9	Garagen	
9.1	Großgaragen nach SBauVO	6
9.2	Unterirdische geschlossene Mittelgaragen > 500 qm in Verbindung zu anders genutzten Gebäuden	6
10	Gewerbeobjekte	
10.1	Gewerbeobjekte zur Herstellung und Produktion	6
10.1.1	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 800 qm	6
10.1.2	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 400 qm	6
10.1.3	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 1600 qm	6
10.1.4	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 800 qm	6
10.1.5	(unbesetzt)	
-		
10.1.6		
10.2	Gewerbeobjekte zur Lagerung	6
10.2.1	(unbesetzt)	
10.2.2	Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe > 3200 qm Lagerfläche	6
10.2.3	Gebäude zur Lagerung überwiegend nicht brennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 1600 qm Lagerfläche	6
10.2.4	Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe > 1600 qm Lagerfläche	6
10.2.5	Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 800 qm Lagerfläche	6
10.2.6	Freilager für überwiegend brennbare Stoffe > 5000 qm Lagerfläche	6
10.2.7	Hochregallager	6
10.3	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppen nach FwDV 500	6
10.3.1	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppen II A und III A nach FwDV 500	6
10.3.2	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppen II B* und III B nach FwDV 500	6
10.3.3	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppen II C* und III C nach FwDV 500	6
10.4	Kraftwerke und Umspannwerke	6
11	Sonderobjekte	
11.1	Besonders brandgefährdete Baudenkmäler	6
11.2	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude > 2000 cbm in Verbindung zu Wohngebäuden	6
11.3	Kirchen und Gebetsstätten	6
11.4	Unterirdische Verkehrsanlagen	6
11.5	(unbesetzt)	
11.6	Hotel und Gaststättenschiffe	6
11.7	Bahnhöfe mit hohen Personenströmen	6
11.8	(unbesetzt)	
11.9	Flächen für die Feuerwehr außerhalb der klassifizierten Objekte	6
11.10	Justizvollzugsanstalten und Gebäude des Maßregelvollzugs	6
11.11	Flughäfen	6
11.12	Sonstige kritische Infrastrukturen *	6
11.13	Sonstige Objekte nach Gefährdungsanalyse *	6

* Anhand einzelner Prüfkriterien kann nach örtlicher Festlegung auch die Brandverhütungsschau bei Standardbauten erforderlich sein.

Beispielhaft fallen hierunter nach Gefährdungsbeurteilung der örtlich zuständigen Brandschutzdienststelle:

- Rettungswege von Baudenkmalern mittlerer Höhe
- Zugänglichkeit der Notleiteranlagen, die nicht bis auf Erdgleiche geführt sind
- Löschwasserversorgung bei landwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien
- Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge auf Privatgrund
- FW Umfahrten, -zufahrten und -bewegungsflächen
- Gewerbeobjekte in baulicher Anbindung an Wohngebäude bei gemeinsamer Nutzung der Rettungswege.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung über die Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Durchführung der Brandverhütungsschau und sonstige Leistungen der Brandschutzdienststelle in der Stadt Herzogenrath vom 15.12.2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird nach § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der zur Zeit gültigen Fassung darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Herzogenrath vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Es wird bestätigt, dass der Wortlaut der Satzung mit dem Ratsbeschluss vom 15.12.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung -BekanntmVO-) vom 26. August 1999 in der zurzeit geltenden Fassung verfahren worden ist.

Herzogenrath, den 15.12.2020

Dr. Fadavian
Bürgermeister